

Die maximale Lösung

Wilhelm Hankel ist für Euro-Fans eine Reizfigur. Ein Interview mit dem streitbaren Professor

Christian Wolf: Herr Professor Hankel, das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 5. Juli Ihre Klage und die Ihrer Mitstreiter gegen die Griechenland-Hilfe sowie die Euro-Rettungsschirme mündlich verhandelt. Was kam dabei heraus?

Wilhelm Hankel: Es war die erste Reaktion des BVerfGs auf eine Klage, die wir ja schon vor einem Jahr angestrengt haben, nämlich gegen die damalige Einrichtung der Ad-hoc-Hilfen für Griechenland. Diese Hilfen sind ja inzwischen institutionalisiert worden durch einen ersten Stabilisierungsfonds, und ein zweiter Stabilisierungsfonds ist in Vorbereitung. Unsere Klage zielte gegen die Ad-hoc-Hilfen für Griechenland und den ersten Stabilisierungsfonds. Den zweiten, der jetzt kommt, den können wir noch nicht beklagen, weil er ja noch nicht die parlamentarischen Hürden genommen hat, also noch nicht existent ist.

Wolf: Worum geht es bei Ihrer Klage im Kern, was ist die Stoßrichtung?

Hankel: Das Zentrum der Klage ist erstens: Sind die jetzt eingegangenen Hilfsverpflichtungen sowohl Deutschlands wie auch der übrigen Euro-Staaten mit den Rechtsgrundlagen der Europäischen Union vereinbar? Zweitens: Sind sie mit der deutschen Verfassung vereinbar? Und drittens macht sich das Gericht Gedanken über die künftige Struktur Europas nicht nur als einer Währungs-, sondern auch als einer Transferunion. Das sind die drei Schwerpunkte. Zum ersten Schwerpunkt haben besonders die Kläger um den Abgeordneten Gauweiler die Anregung gegeben, diese Frage vorab doch einmal durch den

Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen. Denn was mit den Rettungsfonds bezweckt ist, ist ja mehr oder minder eine Durchlöcherung, ein Rechtsbruch des alten Vertrags. Der alte EU-Vertrag verbietet jede Haftung eines Euro-Staates für den anderen. Das ist die viel zitierte No-Bail-out-Klausel Art. 125 EU-Vertrag. Wenn man nun Rettungsfonds für den Euro einführt, die genau das zum Ziel haben, nämlich Staaten, die in Verschuldungsproblemen stecken, auszulösen, verstößt ein solcher Fonds ja auch gegen EU-Recht. Zweitens verstößt diese Maschinerie gegen das Grundgesetz.

Wolf: Wie kommen Sie darauf?

Hankel: Das stützt sich auf drei grundlegende Überlegungen. Erstens hat nach § 38 Grundgesetz (GG) jeder Bundesbürger das Recht auf eine Vertretung seiner demokratischen Ansichten durch seine Abgeordneten im deutschen Bundestag. Das ist das sogenannte Demokratierecht. Das Zweite ist die Übertragung von Haushaltskompetenz. Die Festlegung des Bundeshaushalts ist sozusagen das originärste und primärste Recht eines Parlaments. Das kann nicht so ohne Weiteres transferiert und auf europäische Organe übertragen werden. Eine dritte Klagelinie ist: Wenn es auf Grund all dieser Rechtsbrüche zu einer Inflationierung des Euro kommt, wofür ökonomisch leider vieles spricht, dann sind auch die Eigentumsrechte des Bundesbürgers nach Art. 14 Grundgesetz tangiert.

Wolf: Die Politik verspricht aber immer: „Der Euro wird/ist so hart wie die Mark.“

Hankel: Es war eine Grundüberlegung des deut- ▶

VITA

Professor Dr. Wilhelm Hankel

Geboren am **10. Januar 1929** in Danzig

1952 Bank Deutscher Länder

1967 Leiter der Abteilung Geld und Kredit im Bundeswirtschaftsministerium

1972 Vorstandschef der Hessischen Landesbank

1978 bis 1981 Senior Visiting Professor am Bologna Centre for Advanced International Studies der Johns Hopkins University



schen Verfassungsgerichts schon in den ersten Urteilen zu Maastricht von 1993, dass diese Währungsunion nur eingegangen werden kann und darf, wenn die neue Währung den Stabilitätsansprüchen der alten Währung entspricht – also so stabil bleibt und ist wie die D-Mark. Und das Verfassungsgericht hat im Urteil von 1993 sogar ganz kategorisch gesagt, wenn das nicht der Fall ist, dann hätte Deutschland das Recht, aus der Währungsunion auszutreten.

Das sind also die drei Klagen, die wir vorgebracht haben. Aus den Fragen der Richter kann man natürlich gewisse Rückschlüsse ziehen. Mir ist dabei aufgefallen, dass sie besonders oft Herrn Schäuble, der ja zeitweilig anwesend war, befragt haben, wie es eigentlich vorstellbar sei, dass ein Parlament dieses essenzielle Budgetrecht übertragen könne. Sie haben also davon gesprochen, dies sei doch eine Verpfändung von Staatseinnahmen auf Jahre und Jahrzehnte hinaus und wie man sich das im Einzelnen vorstelle.

Wolf: Wie hat der Finanzminister auf die kritischen Fragen der Verfassungsrichter reagiert?

Hankel: Herr Schäuble hat keine Antwort darauf gegeben. Er hat sehr pauschal auf die Notlage, auf die Notsituation – wörtlich Notsituation – im Mai vergangenen Jahres hingewiesen. Man habe vor einem Zusammenbruch Griechenlands – vor einer Staatspleite, so seine Worte – Griechenlands gestanden, und man musste befürchten, dass aus dieser Staatspleite sich eine Kettenreaktion im Finanzsektor ergeben könne, ähnlich nach der Lehman-Brothers-Krise. Und da dies den Euro gefährdete, habe man handeln müssen.

Wolf: Offensichtlich machen Sie und Ihre Mitstreiter sich mehr Gedanken als die Politik, wenn Sie als einer der namhaftesten Währungskenner sich in Karlsruhe von Finanzminister Schäuble anhören mussten, die Rettungsaktionen für den Euro seien alternativlos.

Hankel: Ich würde das bejahen. Aber es wird wahrscheinlich Sie und die Leser interessieren, dass das Gericht mich befragt hat, was denn aus meiner Sicht in dieser Frage falsch gelaufen sei.

Wenn man gar nichts gemacht hätte im Mai 2010, wenn man also die von Herrn Schäuble beschworene Notsituation als solche gar nicht anerkannt, sondern überhaupt nichts gemacht hätte, dann wären die heutigen Probleme gar nicht entstanden. Und das Gericht hat sehr aufmerksam zugehört, als ich darlegte, dass, wenn man gar nichts gemacht hätte, dann hätte der Zwang der Ereignisse, besonders der Zwang der Märkte dazu geführt, dass Griechenland schon seit einem Jahr aus dem Euro ausgetreten wäre. Und wäre es bereits seit einem Jahr ausgetreten, dann wäre es bereits heute auf Erholungskurs.

Wolf: Die Politik bestreitet dies vehement. Welches Wundermittel hätte die Griechen aus dem Sumpf gezogen?

Hankel: Griechenland hätte aus dem Zwang der Dinge heraus genau das getan, was man seit 3000 Jahren Geldgeschichte in solchen Lagen immer tut – man wertet ab. Man verhandelt mit den Gläubigern über einen Schuldennachlass, über einen Haircut. Den bekommt man auch, weil jeder Gläubiger weiß, dass der Schuldner, wenn er den Hair-

cut nicht bekommt, dann schlicht die Zahlungen einstellt. Also einigt man sich auf einen mittleren Weg. So haben es eigentlich auch nach dem Zweiten Weltkrieg alle Staaten in ähnlicher Situation – wie Griechenland, Argentinien, Mexiko, Russland oder die Ukraine – gehalten.

Also der Austritt aus dem Euro hätte automatisch Abwertung und Haircut gebracht und hätte vor allen Dingen dem Land die Rosskur erspart, die heute ökonomisch widersinnig und extrem demokratiefeindlich von EU und IWF im Tandem verlangt wird.

Wolf: Warum ignoriert die Politik so hartnäckig die Tatsache, dass es noch nie eine Sanierung ohne vorherige Abwertung gab, und klammert sich an den Euro um jeden Preis? Ist das rational nachzuvollziehen?

Hankel: Es ist für einen Ökonomen eigentlich nicht nachzuvollziehen. Aber vielleicht für einen Politiker, der daran glaubt oder geglaubt hat – wie offensichtlich frühere Bundeskanzler, aber auch frühere Finanzminister –, dass man die Vereinigten Staaten von Europa, die ja das Fernziel aller Europapolitik sind, dadurch bekommt, dass man gewissermaßen über die monetäre Hintertreppe geht. Es ist diese sogenannte Sachzwang-Theorie, die besonders in den Reden der Herren Kohl und Waigel bei Einführung des Euro eine Rolle gespielt hat. Es wurde gesagt, haben wir erst einmal die gemeinsame Währung, dann ergibt sich daraus quasi automatisch ...

Wolf: ... kein Weg zurück mehr.

Hankel: Ja, ja. Aber was die Herren nicht wahrhaben wollten und was sich nun empirisch gezeigt hat, die gemeinsame Währung erzeugt nicht Konvergenz, sondern Divergenz. Denn jeder Staat ist seinen Bürgern verpflichtet, er muss seine Ziele realisieren. Wenn man verschiedene Ziele in einer Währung verfolgt, dann kriegt man eher das Gegenteil von Integration, nämlich Desintegration – und genau das sehen wir heute.

Wolf: Heute wundert sich das Gros der Bürger über ihre Volksvertreter in Berlin, die im Inland stets das Sparen proklamieren, aber in Europa Lokalrunden schmeißen. Stimmt also das Bonmot „Versicherungsvertreter verkaufen Versicherungen, Volksvertreter verkaufen ...?“ Sie wissen schon.

Hankel: ... ihr Volk. Man muss eigentlich etwas fassungslos registrieren, dass die Perspektiven für Deutschland, ein verpfändeter Staatshaushalt auf unbegrenzte Zeit, ja bedeutet, dass sich der deutsche Bürger nicht nur Gedanken machen muss um die Funktionsfähigkeit des eigenen Staates, sondern was aus seinem Einkommen nach Steuerabzug wird. Denn die Bedienung dieser Steuerhypothek bedeutet ja schwere Transferzahlungen, die steuerlich aufgebracht werden müssen und letztlich vom Bürger bezahlt werden.

Wolf: Haben Sie berechnet, was die Euro-Rettungsversuche bislang die Bürger gekostet haben und noch kosten könnten? Gibt es eine Vorstellung über die Gesamtkosten, die der Euro seit seiner Implementierung schon verursacht hat?

Hankel: Darüber hat der Kollege Sinn vom Ifo-Institut dem Gericht auch einige Zahlen vorgeführt. Man kann also davon ausgehen, dass seit der Einführung des Euro im Minimum zwei Drittel der deutschen Gesamtersparnisse nicht mehr in ►

Deutschland investiert worden sind, sondern in Europa. Dass dieses Geld hier nicht zur Verfügung gestanden hat, sieht man wiederum daran, dass die Investitionsquote in Deutschland – der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt – mit Einführung des Euro schlagartig zurückgegangen ist und bis heute die niedrigste unter allen Euro-Ländern ist. Das führende Industrieland in der Euro-Zone hat die niedrigste Investitionsquote.

Man kann weiter davon ausgehen, dass dieser Zwang zur Kostensenkung in erster Linie von den Beziehern von Arbeitseinkommen getragen worden ist. Hier ist kein Nominaleinkommen mehr erhöht worden. Angesichts der Preissteigerungen sind die deutschen Nominaleinkommen – die Arbeitnehmerereinkommen, aber auch die Renten, also alle fixierten Einkommen – real gesunken. Das wiederum erklärt die Spaltung unserer Konjunktur, dass es im Exportsektor boomt, aber im Inlandssektor stagniert. Da fehlt einfach die Nachfrage.

Ich habe nie verstanden, dass die in Deutschland starken Mittelstandsvertretungen auf diesen Übelstand nie hingewiesen haben. Sie könnten eine einfache Zahl nennen. Den großen Exportunternehmen, die ja allesamt börsennotiert sind, stehen Kreditmittel zum Emissionsatz zur Verfügung – also bei plus/minus drei Prozent. Wenn ein nicht notiertes, ein nicht gelistetes Mittelstandsunternehmen Geld aufnehmen will, muss es zu einer Bank, und die Banken verlangen zwischen sieben und 13 Prozent. Das ist eine Wettbewerbsbenachteiligung, wie sie schlimmer gar nicht sein kann.

Und nun muss man noch hinzufügen, was wenige wissen: Von der Gesamtsumme aller deutschen Unternehmungen sind ganze 1,2 Prozent an der Börse gelistet. Die übrigen 98,8 Prozent sind auf den teuren Bankkredit angewiesen – und das alles verdanken sie natürlich der Zugehörigkeit zur Euro-Zone.

Wolf: Dennoch heißt es: „Deutschland profitiert vom Euro“ und braucht ihn.

Hankel: Ja. Also, ich halte es – ich weiß nicht, ob ich es sagen soll – für die frechste Lüge oder die größte Inkompetenz in der Analyse. Wir sehen doch aus dem Vergleich, zum Beispiel Euro-Land mit den USA oder England, dass überall da, nämlich in den angelsächsischen Volkswirtschaften, in denen der Finanzsektor kolossal aufgebläht worden ist in den letzten Jahren, die Rezession am stärksten ist. In England liegt der Anteil der Bankeneinkommen am Volkseinkommen bei 20 Prozent, in den USA nur knapp darunter. Dass es bei uns etwas glimpflicher abgegangen ist bisher als in den USA oder England, verdanken wir eigentlich dem Umstand, dass wir nicht so „overbanked“ sind wie diese Volkswirtschaften. Aber es ist ganz klar, dass der große Verlierer die Realwirtschaft ist. Schon die große, globale Finanzkrise hat gezeigt, dass der Finanzsektor seine traditionellen Servicefunktionen, nämlich Kredite zu mäßigen und ertragsfähigen Konditionen zu liefern, gar nicht mehr wahrnimmt.

Der größte Teil der Bankgeschäfte vollzieht sich ja nicht in der Transformation von Ersparnis und Spareinlagen zu Krediten, sondern von Anlagen in Finanzmärkten. Das heißt, die Banken sind gar nicht mehr Kreditlieferanten, sondern Handelshäuser in Wertpapieren.

Dieser Prozess ist in den angelsächsischen Ländern noch weiter fortgeschritten als bei uns. Er wird durch den Euro nun maßgeblich gefördert. Und der große Nachteil der jetzt entstandenen Inflationsdisparitäten, die ja wiederum eine Folge der Kapitalanlagen in den armen Euro-Ländern sind, diese Inflationsdisparitäten haben nun dazu geführt, dass sich nicht nur diese Länder kräftig verschuldet haben, sondern dass wir Schritt für Schritt uns nun an dieser Inflation in den Südstaaten der EU anstecken. Die Kontaminierung schreitet fort.

Und sie wird maßgeblich dadurch gefördert, dass sich – was ein Skandal ungeheurer Art ist – die EZB von einer Notenbank in eine Sanierungsbank für diese Länder verwandelt hat.

Wolf: Worin besteht der Sündenfall der EZB?

Hankel: Sie kauft Schrottanleihen oder nimmt sie als Besicherung von Banken herein, bezahlt das Ganze mit frischem Geld, mit einer Geldaufblähung, die zunächst mal nur an der Börse wahrgenommen wird als Asset Inflation, als Aufblähung der Börsenpreise, aber zunehmend auch beim Einkommensbezieher ankommt.

Nun kommt auch noch innerhalb der Nichtunternehmer innerhalb der Realwirtschaft ein Split hinzu, dass wirkliche Einkommenssteigerungen nur durch Börsenspekulationen entstehen. Das heißt, die Gewinneinkommen, speziell bei Banken, aber auch anderer explodieren, die Arbeitseinkommen gehen fallen. Das muss früher oder später zu sozial ähnlichen Zuständen führen wie in Nordafrika.

Wolf: Dies alles müsste der Politik doch klar sein?

Hankel: Ja. Man kann die Rettungspolitik des Euro im Grunde nur vergleichen mit einer öffentlich organisierten Konkursverschleppung. Das juristisch Fatale – und wir sprachen ja über die Reaktion des deutschen Verfassungsgerichts – ist ja, dass das, was privatwirtschaftlich unter Strafe steht, nämlich die Konkursverschleppung, öffentliche Politik ist. Die sogenannten Rettungsschirme für den Euro sind nichts weiter als Anstalten der Konkursverschleppung für Staaten, die längst hätten Konkurs anmelden müssen, und für Banken, die längst hätten einen Offenbarungseid leisten müssen. Das alles wird jetzt verschleiert, aber nicht nur juristisch, sondern auch monetär und kann nur in einer wahn sinnigen Geldaufblähung und Kreditaufblähung enden. Deswegen ist die Inflationierung des Euro – leider – vorgezeichnet. Und die Europäische Zentralbank hat sich nicht als Hüterin der Währung erwiesen, sondern als Mitspieler in diesem Inflationierungsprozess.

Wolf: Sie gehen mit der EZB hart ins Gericht.

Hankel: Ja! Ihre Unabhängigkeit hat sie total verloren, und fast ist es symbolisch, dass sie sich nun einen neuen Präsidenten wählte, der aus einem Land kommt, das demnächst auch ... (*lacht*) ... zu den Kunden des Euro-Rettungsfonds zählen wird. Wie kann man von diesen Gremien erwarten, dass sie also einen Kurs fahren, der gegen die Interessen ihrer eigenen Länder gerichtet ist, so wie sie das sehen.

Wolf: Um zu einem vielleicht positiveren Szenario zu kommen ... Was passiert, wenn Deutschland etwa gemeinsam mit den Niederlanden, Finnland und Österreich die Euro-Zone verlässt? ▶

Hankel: Ich bin sogar der Meinung, wenn das geschähe, würde die Euro-Zone eine ganz andere Dimension gewinnen. Nämlich dann würden die Länder, die mit guten Argumenten sich bisher aus der Euro-Zone ferngehalten haben, diese Zone attraktiv finden, also die Schweiz, die beiden skandinavischen Länder Dänemark und Schweden. Selbst Norwegen, das überhaupt nichts mit Euro und EU zu tun haben will, würde sich das alles überlegen, das heißt, wir würden bei einem solchen Schritt eine mehr auf Nordeuropa konzentrierte Währungsunion erleben – mit hoher Attraktivität für Newcomer. Ich würde noch nicht einmal ausschließen, dass dann selbst Russland sich an einer solchen Union beteiligt oder zumindest assoziiert.

Und der Süden Europas müsste sich und könnte sich nicht in einer Schwachwährungsunion wiederfinden, sondern in etwas, was wir ja lange vor dem Euro mit Erfolg hatten, nämlich in einer Wechselkursunion. Das heißt, bei eigenen Währungen würde man sich wie im alten EWS verpflichten – ich hoffe, nicht nur nominal, sondern realwirtschaftlich –, fixierte Wechselkurse innerhalb einer Bandbreite zu stabilisieren. Und das würde bedeuten, dass jedes Land auf Stabilität festgelegt ist, aber wenn es die nicht einhalten kann – wofür es manchmal innenpolitische Gründe gibt –, dann doch in moderater Weise abwerten könnte und müsste.

Wolf: Der Süden Europas könnte ohne die Zwangsjacke Euro also wieder atmen?

Hankel: Der unheilvolle Währungsverbund, den wir heute im Euro haben, dass man Industrieländer und quasi Entwicklungsländer – denn das ist ja der Süden – zusammenwirft, der würde aufgehoben, was sogar für die Nachhol-Länder ein Vorteil wäre, denn sie wären frei von inflatorischen Gefahren, sie wären frei von Auflagen hinsichtlich ihrer eigenen Entwicklungs- und Strukturpolitik, und sie könnten die Möglichkeiten der Abwertung benutzen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Wir haben auch genug Beispiele, dass das nicht nur Theorie ist. Griechenland hat in den 60er-Jahren mit seiner damaligen Abwertung für viele Jahrzehnte ein Wirtschaftswunder hergestellt, bis es dann langsam in seinem eigenen Inflationsprozess versackte. Aber auch die Türkei ist ein gutes Beispiel, die ja nur einen Bruchteil der Wirtschaftskraft von Griechenland hatte, ist heute Griechenland weit überlegen, weit dynamischer und gibt eigentlich den Griechen ein Beispiel, wie man aus eigener Kraft mit Währungsstabilität und eigener Entwicklungspolitik ein kleines Wirtschaftswunder schaffen kann.

Wolf: In diesem Austrittsszenario wäre Deutschland nicht nur von Milliardenzahlungen entlastet, auch die bisherigen Belastungen plus Staatsschulden wären leichter mit einer aufgewerteten neuen Mark oder alternativ mit einem Nord-Euro bedienbar.

Hankel: Selbst die deutsche Staatsschuld, die ja auch nicht ganz klein ist, wäre mit einer aufgewerteten D-Mark 2 leichter abzutragen für jeden Haushaltsminister als derzeit. Also es spricht eigentlich alles dafür, diese Trennung, die in Europa realwirtschaftlich vorgegeben ist, auch monetär zu vollziehen. Das wäre ein vernünftiges Konzept, und die EU ist keineswegs darauf angelegt, in einer Einheitswährung

zu prozedieren, sie hat ja heute schon die zwei Kammern – die Euro-Zone und die Nicht-Euro-Zone. Für Letztere hat die EU ja durchaus vernünftige Regeln festgelegt. Also, die Länder, die aus der Euro-Gruppe austreten würden – und zwar auf Grund ihrer eigenen Vorteile –, die würden überhaupt nicht aus Europa und der EU herausfallen. Sie würden sozusagen die eine Kammer mit der anderen vertauschen, und in der zweiten Kammer hätten sie dann die Chance, ihren Nachholprozess weitaus effizienter zu gestalten, wie ja das Beispiel der baltischen Staaten, der Polen, der Ungarn, der Tschechen hinlänglich belegt, die ja alle nicht in der Euro-Zone sind.

Wolf: Was steht am Ende dieser Entwicklung?

Hankel: Ich bin ziemlich sicher, am Ende einer qualvollen Drangperiode steht ein neues Bretton-Woods-System. Die Ansätze sind ja in der Gruppe der G-20 schon erkennbar. Es sind vor allen Dingen die BRIC-Staaten und die neuen Schwellenländer, die völlig mit Recht verlangen, dass, wenn sie schon einen Großteil der Finanzierung der heutigen Industrieländer liefern, ihre Interessen sowohl im Weltwährungssystem als auch in einem revidierten IWF stärker berücksichtigt werden. Sie dringen ja mit Macht – und die Entwicklung wird sie unterstützen – auf die Schaffung einer globalen Abrechnungseinheit, einer nicht staatlichen.

Wolf: Da steht aber der Dollar als Weltleitwährung im Weg.

Hankel: Also ein neuer IWF mit einer eigenen Abrechnungseinheit, den Sonderziehungsrechten, wird den Dollar als Welteinheit ablösen. Und das bedeutet, dass auch die USA, wie jedes normale Mitgliedsland des IWF, unter Stabilitätswang geraten. Sie können dann nicht mehr mit selbst gedruckten Dollars ihre Defizite bezahlen, sie müssen die Defizite entweder abstellen durch Exportüberschüsse, oder sie müssen auch in Sonderziehungsrechten kreditwürdig werden, was im Grunde dasselbe ist. Damit ist auch der US-Dollar auf dem Weg, eine – wenn auch geachtete – Inlandswährung zu werden, und kann als Weltwährung nur in dem Umfang bestehen, wie er Kapitalanleger anlockt.

Wolf: Wie sind die Reaktionen auf Ihren Einsatz, haben diese sich gewandelt im Laufe der Zeit? Sie sind ja schon seit Mitte der 90er-Jahre als Euro-Gegner aktiv.

Hankel: Wissenschaftlich erfahre ich eine gewisse Genugtuung, dass das, was ich früher gesagt habe und als ketzerische Mindermeinung galt, heute eigentlich von allen ernst zu nehmenden Ökonomen – und insgeheim wahrscheinlich auch von allen Journalisten – geteilt wird. Zu beklagen ist die laue Reaktion der deutschen Medien, die sich auch jetzt noch in der Euro-Frage sehr bedeckt halten, sehr bedeckt ...

Wolf: Aber den Bürgern brennt es unter den Nägeln.

Hankel: Ja! Und daraus schließe ich, dass wir über kurz oder lang doch so etwas wie eine Facebook-Revolution bekommen werden. Denn aus allen Umfragen, die wir haben, wissen wir ja, dass inzwischen über 70 Prozent der deutschen Bürger energisch auf Euro-Reformen drängen. Und jetzt kommt meine geheime Hoffnung. Je länger diese ausbleibt, je länger man es versäumt, die Euro-Zone zu reformieren, desto wahrscheinlicher wird die maximale Lösung – nämlich die Rückkehr zur D-Mark! ■